

### **Bericht Stadtjugendamt/Jugendkulturwerk Fachstelle Politische Bildung 2017**

Die Fachstelle Politische Bildung, die im Jugendkulturwerk des Stadtjugendamtes angesiedelt ist, verzeichnete im Jahr 2017 einen Rückgang an Anfragen für Fachvorträge, Fortbildungen und Veranstaltungen, insbesondere zum Thema religiöse Radikalisierung bzw. (Neo-)Salafismus.

So wurden durch den Inhaber der Stelle, die bislang einem halben Vollzeitäquivalent entsprach, insgesamt 67 (zum Vergleich: im Vorjahr waren es 105) Termine wahrgenommen bzw. Veranstaltungen durchgeführt. Davon wiederum waren 30 (2016: 52) von der Fachstelle eigens organisierte Fortbildungs- und Workshopangebote, die anderen erfolgten im Rahmen von Beiträgen zu verschiedenen Themen oder Veranstaltungen, wie z.B. Fachtage.

Von den eigens geplanten und durchgeführten Angeboten befassten sich 12 (2016: 23) mit dem Thema Rechtsextremismus und 18 (2016: 29) mit dem Thema religiöse Radikalisierung.

Insgesamt ist zu beobachten, dass beim Thema religiöse Radikalisierung wohl die große Anzahl von Angeboten der Fachstelle im Vorjahr zu einem Rückgang in Bezug auf Fortbildungsanfragen oder Informationsveranstaltungen beigetragen hat. Außerdem musste die Stelle selbst die Angebote aufgrund von mangelnden personellen Kapazitäten reduzieren und öfter an weitere Anbieter der politischen Bildung verweisen (z.B. an das Bildungskollektiv „Pastinaken“ oder den freien Träger „ufuq.de“, der im Rahmen von Bildung und Prävention zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus arbeitet).

Nach wie vor sind es selten konkrete Anlässe oder Einzelfälle, die zu diesen Anfragen führen. Vielmehr spielt hier eine stark veränderte Wahrnehmung von Migranten und Migrantinnen sowie das stark gestiegene subjektive Bedrohungsgefühl dem Islam gegenüber eine Rolle. So werden beispielsweise zunehmend junge Menschen, die früher als Jugendliche bzw. als Jugendliche mit Migrationshintergrund wahr genommen wurden, jetzt als muslimische Jugendliche wahrgenommen, auch wenn sie nicht muslimischen Glaubens sind oder sich selbst gar nicht als religiös bezeichnen würden. Viele Anfragen bezogen sich zum Beispiel auf vermeintlich radikale oder demokratiefeindliche Inhalte des Islam oder auf dessen möglicherweise für Jugendliche radikalierungsförderlichen Inhalte oder Vorgaben. In den meisten dieser Fälle waren Angebote zum Thema „Radikalisierung bei Jugendlichen“, die in einem ersten Teil gar keinen Bezug auf religiöse Inhalte nahmen, sondern sich mit jugendtypischen Verhaltensweisen befassten sowie mit soziokulturellen Gegebenheiten, die junge Menschen anfällig für Radikalisierungsprozesse machen (z.B. Ausgrenzung, Diskriminierung, Bildungsbenachteiligung usw.) hilfreich. Ziel der Fachstelle war dabei immer, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass politische Bildung im Sinne von Demokratieerziehung bzw. Förderung von Toleranz, Vielfalt und Pluralismus sowie Chancengleichheit die beste Prävention vor Radikalisierungen jeglicher Art sind.

Seit September 2014 bietet die Fachstelle auch eine Ersteinschätzung zum Thema religiöse Radikalisierung an. Aufgrund der o.g. Workshops und Fortbildungen ist dieses Angebot bekannter geworden und ein entsprechender Anstieg war 2017 zu verzeichnen. Inzwischen haben seither insgesamt 23 Ersteinschätzungen (2016: 9) statt gefunden. Keiner dieser Fälle konnte in der Beratung als eindeutiger Fall von Radikalisierung identifiziert werden. Es wurden zwei Fälle wegen einer möglichen Gefährdung an „VPN“ - Violence Prevention Network - zur weiteren Abklärung und Arbeit abgegeben. VPN ist ein Träger, der im Bereich der

Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäter und Gewalttäterinnen tätig ist.

Überhaupt bestand - wie im Jahr zuvor - auch 2017 eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kompetenzzentrum Deradikalisierung beim bayerischen Landeskriminalamt, VPN – Violence Prevention Network und der Fachstelle Politische Bildung im Stadtjugendamt hinsichtlich Fallzahlen und möglicher Gefährdungen durch und von jungen Menschen in München.

Auch Vertretende der zuständigen Stellen im Bereich des Kinderschutzes im Stadtjugendamt sowie in den Sozialbürgerhäusern waren 2017 zunehmend in diese Zusammenarbeit eingebunden. Aktuell findet ein entsprechender Abstimmungsprozess im Stadtjugendamt in Bezug auf Beratung, Fallarbeit und Fortbildung zum Thema „Kinderschutz und religiöse Radikalisierung“ beziehungsweise Gefährdungslagen statt.

Was das Themengebiet der Prävention vor religiöser Radikalisierung betrifft, besteht mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, das in großen Teilen die präventive Arbeit von „ufuq.de“ in Bayern unterstützt die Absprache, dass „ufuq.de“ Anfragen zur Prävention, die aus München kommen, an die Fachstelle Politische Bildung weiter leitet. Diese werden von dort entweder selbst bearbeitet oder an qualifizierte Beteiligte des Kommunalen Netzwerkes weiter vermittelt.

Mit dem Zentralen Schulpsychologischen Dienst des Referates für Bildung und Sport wurden konkrete Vereinbarungen für die Kooperation in Fällen von möglicher Radikalisierung von Schülerinnen und Schülern getroffen.

Nach wie vor berichteten Kolleginnen und Kollegen der Fachbasis und auch Lehrkräfte verschiedenster Schularten von zunehmendem Rassismus, sowie Muslimfeindlichkeit und Diskriminierungstendenzen, die den Phänomen der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zuzuordnen sind.

Die vermeintliche Normalität von diskriminierenden Äußerungen ist für die verschiedenen Fachkräfte verunsichernd und teilweise alarmierend. Daher werden oftmals Fortbildungen und Angebote zum Umgang mit Parolen, diskriminierenden Aussagen oder Verhaltensweisen angefragt.

Auch im Bereich der Verwaltung der Landeshauptstadt sind solche Tendenzen zu beobachten. Aus diesem Grund unterstützte die Fachstelle Politische Bildung auch in 2017 das Personal- und Organisationsreferat bei entsprechenden Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Stelle hat zusammen mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern Veranstaltungen durchgeführt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das 16-tägige Bildungsfestival „Frei Raum“, durchgeführt vom Bildungskollektiv „Pastinaken“ im Farbenladen (Schaufenster und Forum für junge Münchner Popkultur und Kunst des Trägers Feierwerk e.V.) im Zeitraum vom 08.07.2017 – 23.07.2017.

Möglich war dies durch den eigenen Sachmittelhaushalt der Fachstelle. Etabliert hat sich ein Angebot, das in Zusammenarbeit mit dem JIZ – Jugendinformationszentrum des Kreisjugendring München-Stadt entstanden ist. Dort wurde ein eigener Bereich für das Thema „politische Bildung“ geschaffen, in dem Literatur, Broschüren und Materialien für die

pädagogische Arbeit zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie gewaltbereiter Salafismus ausliegen und kostenlos mitgenommen werden können.

Dieses Angebot wird bestens angenommen und die Nachfrage ist sehr groß. Die entsprechenden zur Verfügung gestellten Mittel waren bereits lange vor Jahresende aufgebraucht.

Insgesamt ist die Fachstelle Politische Bildung im Stadtjugendamt komplett ausgelastet und musste 2017 viele Anfragen ablehnen. Umso erfreulicher ist, dass die Fachstelle durch einen Beschluss des Stadtrates um eine Vollzeitstelle erweitert werden konnte, die seit November 2017 besetzt ist. Nach dem Einarbeitungsprozess werden im Laufe des Jahres 2018 konkrete Aufgabenverteilungen erfolgen und neue Angebote konzipiert. Mit dieser Stellenerweiterung kann nicht nur das bestehende Angebot endlich nachfragegemäß bedient werden, sondern auch weitergehende Themen/Projekte realisierbar werden, wie z.B. die Erstellung eines Empowermentkonzeptes für jugendliche Betroffene von Rassismus, Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder auch Präventionskonzepte im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit.